

Welche Strategie die Europäische Union anwenden wird, damit weniger Gift auf Äckern und Wiesen landet, ist noch ungewiss.
(Foto: johnnyalive/flickr)



es wird eine gute Abstimmung werden“, sagt die deutsche Abgeordnete gegenüber der woxx und spricht zugleich der Verhandlungsführerin der Christdemokraten „ein großes Kompliment“ aus. „Frau Hennicot-Schoepges ist eine große Kämpferin!“, so Breyer, „das Problem sind in diesem Fall die deutschen CDU'ler“. Die Luxemburger CSV-Abgeordnete war von der EVP als „Shadow“ eingesetzt worden. So werden im Europaparlament diejenigen bezeichnet, die im Namen ihrer Fraktion mit den zuständigen BerichterstatterInnen um Kompromisse feilschen.

„Die Industrie missbraucht die deutschen Christdemokraten, die nun deren Position ins Parlament bringen“, kommentiert der Luxemburger Abgeordnete Claude Turmes (Fraktion der Grünen) die aktuelle Debatte. „Es ist daher sehr positiv, dass Erna Hennicot eine wissenschaftliche Linie vertritt.“ Dass BASF und Co massiv Druck ausübten, bestätigt auch die CSV-Abgeordnete. „Die Lobby der deutschen chemischen Industrie zirkuliert in den Brüsseler Gängen“, so Erna Hennicot-Schoepges. „Ich habe sogar in der vergangenen Woche einige ihrer Vertreter aus einer Arbeitssit-

zung geschmissen.“ Hennicot machte sich in den Verhandlungen mit ihrer Fraktion stark für eine strikte Ablehnung solcher Stoffe, bei denen eine Gefahr für die menschliche Gesundheit nicht ausgeschlossen werden kann. „Die Industrie muss gezwungen werden nach Alternativen zu forschen“, so ihre Überzeugung. „Das ist auch durchaus machbar, und durch die neue Gesetzgebung ist ein effizienter Pflanzenschutz keineswegs in Gefahr.“

Das sehen die Vertreter der Industrie ganz anders. Der Bericht des Unterausschusses sei ein „wesentlicher Rückschritt gegenüber den Prinzipien einer soliden Wissenschaft und einer rationellen Entscheidungsfindung“, so Euros Jones, der Leiter des Dachverbands der Pflanzenschutzmittel-Hersteller (ECPA). Um Resistenzen gegen einzelne Mittel zu umgehen, sei ein Bauer darauf angewiesen, flexibel und schnell Alternativen einzusetzen, heißt es in einer Presseerklärung.

Der Einsatz der Branche lohnt sich: In der EU werden jährlich 300.000 Tonnen Pflanzenschutzmittel versprüht. Dies ist immerhin ein Viertel des Weltverbrauchs, obwohl die landwirtschaftlich genutzte Fläche nur vier

Prozent der weltweiten Wiesen und Äcker ausmacht. Dass Handlungsbedarf besteht, zeigen andererseits die Messungen der EU-Kommission, die seit gut zehn Jahren systematisch verschiedene Gemüse-, Obst- und Getreidesorten aus den Mitgliedstaaten auf eventuelle Rückstände untersucht. Im Jahr 2004 lag bei immerhin fünf Prozent der Proben die Rückstandsmenge über dem zulässigen Grenzwert.

„Die Lobby der Industrie zirkuliert in den Gängen. Ich habe einige ihrer Vertreter aus einer Arbeitssitzung geschmissen.“

Ein weiterer Bericht des Unterausschusses befasst sich mit dem „Aktionsrahmen für den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden“. Auch hier lagen über 400 Änderungsanträge vor. Umstritten ist beispielsweise das Verbot der Luftsprühung, das die Kommission in ihrem Entwurf vorgesehen hatte. Eine Einschränkung, die vor allem Winzer und Forstwirte betreffen würde. Der Ausschuss entschied sich für eine Abschwächung des Kommissionsentwurfes und fügte in seinem Bericht die Möglichkeit hinzu, auf nationaler Ebene Ausnahmen zuzulassen.

Viel diskutiert wurde auch über den Vorschlag der Kommission, die Europäische Union in verschiedene Zonen aufzuteilen, in denen dann jeweils dieselben Regelungen gelten würden. Die Zulassungen müssen weiterhin auf nationaler Ebene erteilt werden, so jedoch die Meinung des Unterausschusses. „Die Grenzen für die Zonen wurden zu willkürlich festgelegt“, so Hiltrud Breyer. Die Hänge links und rechts der Mosel

etwa würden in zwei unterschiedlichen Zonen liegen. „Auch der Rat, der zurzeit parallel an einem Entwurf für eine Richtlinie arbeitet, ist gegen die Einteilung in Zonen“, sagt Erna Hennicot-Schoepges.

An diesem Punkt ist ihre Fraktion ebenfalls geteilter Meinung. „Wir erleben dasselbe wie im Reach-Dossier“, so Hennicot. „Es ist derzeit nicht klar, wie die EVP-Abgeordneten letztendlich abstimmen werden.“ Auf sie wird es jedoch möglicherweise ankommen. Zwar erwartet Hiltrud Breyer die Unterstützung von der Sozialistischen, der Grünen und der Linken Fraktion sowie von Teilen der Liberalen. Um eine Mehrheit zu bekommen, müssten sich jedoch noch ein paar EVP'ler dazugesellen.

Doch sie scheinen sich derzeit selbst mit Kompromissvorschlägen schwer zu tun. So auch in Bezug auf eine eventuelle Informationspflicht der Pestizid-Anwender: Die Fraktion der Grünen hatte gefordert, dass Bauern künftig ihre Nachbarn 48 Stunden im Voraus über etwaige Sprühmaßnahmen informieren müssen. „Ich habe dann als Kompromiss ein zentrales Informationssystem vorgeschlagen, durch das Interessierte die Sprühzeiten rechtzeitig abrufen können“, so Hennicot-Schoepges. Auch dieser Vorschlag fand jedoch in der EVP keine Mehrheit. Auf die Frage, ob angesichts dieser Front kein Frust beim „Shadow“ aufkommt, sagt die ehemalige Ministerin: „Es ist noch nicht gelaufen. Am Montag haben wir Fraktionssitzung!“ Am Dienstag oder Mittwoch muss dann im Plenum Farbe bekannt werden.



Taktgefühl gefragt: Erna Hennicot-Schoepges führte für die Christdemokraten die Verhandlungen im Ausschuss.
(Foto: EP)